

AUSSENPOLITIK**Fidel und seine Reflexionen
zur NATO in Libyen**

„Nur Obama konnte diese seltsame Theorie einfallen, die er in seine Rede eingeflochten hat, die man dem folgenden Fragment entnehmen kann: ‚Trotzdem wird es Situationen geben, in denen unsere Sicherheit nicht direkt bedroht ist, wohl aber unsere Interessen und Werte. (...) wir wissen, dass man die Vereinigten Staaten, weil sie die mächtigste Nation der Welt ist, oft um Hilfe bittet.‘“

Fidel warnte vor dem wirtschaftlichen Interesse der USA und der andern Mächte und merkte an, dass das Imperium versucht seine Lügen durchzusetzen, sich als internationaler Alliiertes in Stellung bringt, in Wirklichkeit aber nur seine ureigenen Interessen verfolgt.

Fidel Castro bezeichnete die Bombardements der USA und ihrer europäischen Alliierten gegen Libyen als einen faschistischen Krieg und warnte, dass wenn Gaddafi nicht falle, die NATO im Schlamm der Schande versinken werde.

Wenn Gaddafi, wie versprochen, der Tradition seines Volkes folge, werde er kämpfen und obwohl das libysche Volk sich den schlimmsten Bombardements ausgesetzt sehe, die ein Land jemals erlitten habe, werde die NATO und ihre kri-

minellen Pläne im Schlamm der Schande versinken. Castro hatte diese Attacken in drei früheren Artikeln bereits vorhergesehen.

Er verglich die aktuellen Bombardements gegen Libyen mit denen der Luftwaffe Hitlers gegen Spanien 1936 und er fügte hinzu, dass „jetzt jedoch die entehrte und kriminelle NATO eine ‚hübsche‘ Geschichte über ihr ‚humanitäres‘ Bomben schreiben wird.“ Aber er sagte, dass nicht einmal die faschistischen Führer Deutschlands und Italiens im spanischen Bürgerkrieg so weit gegangen wären.

Inzwischen hat der bolivianische Präsident die Auflösung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gefordert, den er als einen Rat zur Invasion und Bombardierung betrachtet. Er betonte, dass das Handeln der UNO, die beim Angriff auf Libyen die Führung übernommen habe, nicht die Menschenrechte respektiere, nicht die Selbstbestimmung der Völker respektiere und den Tod von Zivilisten verursache.

Nachdem er die Situation Libyens mit der des Irak 2003 verglichen hat, meinte er, der US-Präsident Obama, der den Friedensnobelpreis erhalten habe, „soll den Friedensnobelpreis annehmen“.

R. F., La jornada

JUSTIZ**Cubanischer Staatsanwalt
fordert 20 Jahre Haft für
chilenischen Unternehmer**

Cuba gab bekannt, dass der Unternehmer und Ex-Führer der chilenischen Linken Max Marambio in Abwesenheit zu 20 Jahren Haft verurteilt worden ist und bestätigte, dass für den ehemaligen Minister für Nahrungsmittelindustrie Alejandro Roca, dessen Fall ebenfalls in dem Prozess verhandelt wurde, eine Strafe von 15 Jahren gefordert wurde.

Beide wurden der Beamtenbestechung angeklagt – Maraimbo wegen Fälschung von Bankdokumenten und Roca wegen Handlungen zum Schaden der Wirtschaft bei der Vergabe von Aufträgen. Es geht dabei um das Unternehmen „Rio Zaza“, eine gemeinsame Investition von Marambio und der cubanischen Regierung, wozu auch die Getränkefirma „Tropical Island“ gehörte. Deren Schließung hatte zur Folge, dass die beliebten Fruchtsäfte aus den Regalen der Geschäfte verschwanden.

Marambio flüchtete aus Cuba, als der Fall im Dezember 2009 publik wurde. Er wurde vor Gericht von einem Pflichtanwalt vertreten. Über seinen jüngeren Bruder Marcel, der auch in den Fall verwickelt ist, gab die in der *Granma* veröffentlichte Note nichts bekannt.

Max Marambio war Gründer und Führer des MIR in Chile und gehörte der Leibwache von Salvador Allende an. Nach dem Putsch 1973 suchte er Schutz in der cubanischen Botschaft in Santiago de Chile.

Cuba hatte gefordert, dass die beiden Brüder vor Gericht aussagen sollten und eine internationale Suchantrag gestellt.

Alejandro Roca war 30 Jahre Minister und mehr als zehn Jahre Mitglied des Zentralkomitees.

Granma, La Jornada

INNENPOLITIK**Cuba bewilligt
Kredite, um
Privatsektor
anzutreiben**

Die cubanische Regierung bewilligte die Gewährung von Krediten für private Betriebe, die entstanden sind, nachdem sie vor sechs Monaten die Ausweitung des privaten Sektors beschlossen hatte.

In einem Treffen des Ministerrats unter Führung von Raúl Castro kam man außerdem überein, dass die Arbeiter des privaten Sektors ihre Waren und Dienstleistungen in staatlichen Betrieben anbieten können.

Lokale Wirtschaftswissenschaftler sind der Auffassung, dass diese Maßnahme den privaten Unternehmen einen bedeutsamen Markt eröffnen könnte, wenn die Staatsunternehmen nicht konkurrieren können.

Cuba hat in den letzten zwei Jahren 128.000 Bauern Land zur Bewirtschaftung überlassen und seit Oktober wurden mehr als 170.000 interessierten Bewerbern die Lizenz zur Eröffnung ihrer eigenen Betriebe bewilligt.

Kritiker meinen, dass wenn die neuen Unternehmer und Landwirte nicht über genügend Anfangskapital verfügten, sie wenig für die Wirtschaft tun könnten, auch wenn einige von ihnen Unterstützung von Verwandten aus dem Ausland bekämen. Die Staatsbanken haben bereits begonnen den neuen Landwirten kleine Kredite zu einem Zinssatz zwischen 3 % und 7 % zu geben, je nach Höhe und Dauer der Anleihe.

Die Kredite für die kleinen Unternehmer könnten unter ähnlichen Bedingungen erfolgen.

R. F., Rebellion

AUSSENPOLITIK**Vizepräsident der
Anti-Cuba Gruppe
in Korruptions-
skandal verstrickt**

Der Europaabgeordnete Pablo Zalba hat offensichtlich ein Gesetz gemäß den Kriterien einer Lobby verändert und dafür 100.000 Euro bekommen. Die Falle dieser falschen Lobby stellte ihm die britische Zeitung *The Sunday Times*, die auch die Verhandlungen aufzeichnete, um aufzuzeigen, wie die Lobbygruppen Änderungsanträge bei der Gesetzgebung der Europäischen Union durchsetzen. Zalba ist der Vizepräsident der Gruppe „Friends of a Free Cuba“ im Europäischen Parlament, der sich immer dafür ausgesprochen hat, den gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union zu Cuba beizubehalten. Er war auch maßgeblich an der Verleihung des Sacharow-Preises an den cubanischen Dissidenten Guillermo Farinas beteiligt und hat erfolgreich die Verleihung an andere Persönlichkeiten wie z.B. die sahraische Kämpferin Aminatou Haidar verhindert.

R. F., la pupila insomne

BLOCKADE**Carter in
Havanna**

In einem andern Tonfall, als man ihn gemeinhin von der Obama-Regierung gewohnt ist, äußerte sich der ehemalige US-Präsident Carter bei seinem kürzlichen Besuch in Cuba. Er wiederholte seine bekannte Opposition zur Blockade und bezeichnete das von Clinton unterzeichnete Helms-Burton-Gesetz als einen schwerwiegenden Irrtum, da es explizit einen „Regime Change“ zum Ziel habe und deswegen kontraproduktiv sei. Er wandte sich auch gegen das Reiseverbot von US-Bürgern nach Cuba und bei dem Gespräch mit in Havanna akkreditierten Botschaftern hörte er von der Verschärfung der Bankbestimmungen für Transaktionen mit der Insel durch die Obama-Regierung.

Carter sprach sich für die Freilassung der Fünf in „naher Zukunft“ aus und fügte hinzu, dass er Zweifel wegen der Gerichtsprozesse gehabt habe. Außerdem sprach er sich dafür aus, Cuba von der Liste der Staaten zu streichen, die den Terrorismus begünstigen. „Dies entbehrt jeder Grundlage“, sagte er.

Nun muss man bei alledem aber nicht glauben, Carter sei ein Freund Cubas. Er hat nur andere Vorstellungen, wie man das erreicht, was man erreichen möchte. So hat er sich nicht nur mit Vertretern der cubanischen Regierung sondern auch mit dem Erzbischof von Havanna Jaime Ortega und diversen Gruppierungen der rechten Opposition getroffen wie z.B. Osvaldo Payá, den *Damen in Weiß* und dem USAID-Mann Alan Gross.

R. F., rebellion, kaos en la red

AUSSENPOLITIK**Clinton dankt
Cuba für
Solidarität
mit Haiti**

Als es nicht mehr zu vermeiden war, bat der ehemalige US-Präsident Clinton in seiner Funktion als Sonderbeauftragter für Haiti den kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos während einer Sitzung des UNO-Sicherheitsrates, er möge bitte Cuba seinen Dank für dessen Arbeit in Haiti aussprechen. Er solle dabei auch die Wichtigkeit der cubanischen Zusammenarbeit mit Haiti hervorheben. Juan Manuel Santos ist dieser Bitte nachgekommen. Währenddessen sagte der cubanische Außenminister Rodriguez vor der UNO, dass die Friedensmissionstruppen der UNO in Haiti (Minustah) sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes einmischen dürften. Außerdem vertrat er die Auffassung, die Beratung über die humanitäre Lage des Landes gehöre nicht in die Hände des UNO-Sicherheitsrates, sondern in die der UNO-Generalversammlung, deren Aufgaben immer mehr vom Sicherheitsrat absorbiert würden. Die Lage in Haiti sei nämlich keine Sache, die den Frieden und die internationale Sicherheit bedrohe. Er sprach Minustah jegliche Autorität ab, im Namen Haitis zu sprechen.



*Ich unterstütze jede
Volkserhebung –
sie muss nur weit
weg sein und darf
meine Interessen
nicht berühren ...*